



## Goldabbau im brasilianischen Amazonas

### Der Goldplatz Schweiz ist immer noch nicht sauber

**Im brasilianischen Amazonas findet ein Gold-Boom statt: Der hohe Goldpreis, auch infolge der Corona-Pandemie, lockt unzählige Goldschürfer an – mit verheerenden Folgen für Mensch und Natur. Die Rolle der Schweiz im Zusammenhang mit Gold aus Brasilien zeigt: Der Goldplatz Schweiz ist immer noch nicht sauber.**

«Ohne Fluss und ohne Wald leben wir im Elend, alles ist zerstört. Unsere Kinder sind krank, und wir verlieren unsere Alten, weil die Goldschürfer Corona zu uns bringen», sagt Maria Leusa Mundurukú. Die 34-jährige indigene Aktivistin stammt aus der Amazonas-Region Tapajós (Staat Mato Grosso) und musste vor einem Jahr aus ihrem Dorf flüchten, das von illegalen Goldschürfern überfallen wurde. Als Reaktion auf einen

Polizei-Einsatz gegen illegalen Bergbau setzten die Goldschürfer Häuser der indigenen Gemeinschaft der Mundurukú in Brand – auch jenes von Maria Leusa Mundurukú. Doch die Aktivistin macht weiter: «Ich will unser Gebiet gegen Eindringlinge wie Goldschürfer und Holzfäller verteidigen».

Seit Jahren kämpfen im brasilianischen Amazonas indigene Gemeinschaften gegen illegale, oft schwer bewaffnete Goldschürfer. Doch seit dem Amtsantritt von Präsident Jair Bolsonaro, der den Amazonas ohne Rücksicht auf Mensch und Natur ausbeuten will, und wegen den hohen Goldpreisen herrscht nun ein richtiger Goldrausch – mit verheerenden Folgen. Denn die Goldschürfer roden den Wald, vergiften mit Quecksilber Flüsse und Fische und bringen Krankheiten und



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**



Goldabbau in geschützten und sensiblen Lebensräumen: Eine Spur der Verwüstung zieht sich durch das indigene Territorium der Mundurukú. Die Folgen des Goldrauschs sind für die Bewohner:innen und ihre Lebensweise eine existenzielle Bedrohung.

Kriminalität. Die Heimat von Maria Leusa Mundurukú gehört zu den am stärksten betroffenen Regionen. Die ohnehin schon schwachen Regulierungen des Kleinbergbaus dürften künftig praktisch ganz wegfallen. Denn mit dem neuen Gesetz «Projeto de lei 191» will Präsident Bolsonaro sowohl den Kleinbergbau als auch den industriellen Bergbau auf indigenem Land legalisieren. Damit gäbe es praktisch keine Möglichkeit mehr, die Goldschürfer in die Pflicht zu nehmen, und die indigene Bevölkerung könnte nicht mehr rechtlich gegen solche Vorhaben vorgehen.

#### Schweizer Händler oder Raffinerie beteiligt

An der Tragödie im brasilianischen Amazonas ist auch der Goldplatz Schweiz beteiligt. Denn hier werden gegen 70 Prozent des weltweit gehandelten Goldes gehandelt oder verarbeitet, und vier der weltweit grössten Raffinerien sind in der Schweiz ansässig. Recherchen der Journalisten Olivier Christe und Fernanda Wenzel zeigen, dass im vergangenen Jahr 25,4 Tonnen Gold im Wert von über 1,2 Milliarden US-Dollar aus Brasilien in die Schweiz gelangten: Damit steht die Schweiz nach Kanada an zweiter Stelle der brasilianischen Gold-Exporte. Dies trotz der Einschätzung von Expert:innen, dass nur 34 Prozent der brasilianischen Goldexporte gesicherten legalen Ursprungs sind. In den Jahren 2020/21 war die Schweiz gar die wichtigste Importeurin von besonders risikobehaftetem Gold aus dem brasilianischen Amazonas: In den beiden Jahren kamen fast fünf Tonnen Gold aus den beiden Städten Itaituba und Pedra Branca do Amapari in die Schweiz, deren Spuren sich hier jedoch verlieren.

«Mit diesem Gold gingen die Schweizer Händler ein grosses Risiko ein, mitverantwortlich für Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen zu werden», sagt Julia Büsser, Kampagnenleiterin bei der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV).

«Seit dem Beginn unserer Gold-Kampagne 2012 haben wir in der Schweiz Skandal um Skandal wegen schmutzigem Gold erlebt», sagt Julia Büsser von der GfbV. Um dies zu ändern, bräuchte es aus Sicht der GfbV verbindliche Sorgfaltsprüfungen und voll-

ständige Transparenz darüber, woher das importierte Gold stammt. Die GfbV verlangte 2018 im Zusammenhang mit ihrem Bericht «Drehscheibe Schweiz für risikobehaftetes Gold?» bei der Eidgenössischen Zollverwaltung Akteneinsicht zur Herkunft von Goldimporten. Nachdem zuerst der Öffentlichkeitsbeauftragte und dann die Oberzolldirektion der GfbV die Informationen geben wollten, erhielten die Raffinerien vor Bundesverwaltungsgericht mit Verweis auf das Steuergeheimnis Recht - die Einsicht wurde verweigert. Die GfbV wird nun ihr Anliegen ans Bundesgericht weiterziehen.

#### Auch Schweizer Investoren machen mit

Mitverantwortlich für die Tragödie im Amazonas sind aber nicht nur Schweizer Raffinerien. Auch Investoren sind involviert. Dies zeigt das Beispiel der Firma Konwave AG in Herisau, die in die kanadische Firma Belo Sun Mining investiert. Diese wiederum plant am Xingu-Fluss im Staat Pará den Bau der bisher grössten im Tagbau betriebenen Goldmine Brasiliens, nur wenige Kilometer entfernt von indigenen Reservaten. Die Gemeinschaften, die schon von den Folgen des Belo Monte-Staudamms betroffen sind, befürchten, dass die Flüsse durch Schwermetalle verschmutzt werden und dass sie in der Folge die Fischerei einstellen müssen. «Schweizer Investoren müssen ihren Einfluss geltend machen, damit bei solchen Projekten für die lokale Bevölkerung das Recht auf freie, vorgängige und informierte Zustimmung sichergestellt wird», sagt GfbV-Kampagnenleiterin Julia Büsser. Dies fordert auch die Aktivistin Maria Leusa Mundurukú: Sie reiste Anfang Mai mit einer Delegation in die Schweiz, um die Verantwortlichen des Goldplatzes Schweiz persönlich anzusprechen (siehe Artikel rechts).

Text: **Dominique Schärer** Verantwortliche Kommunikation

## Delegation wendet sich an die Schweiz

Anfang Mai besuchte eine Delegation aus dem Amazonas die Schweiz mit dem Ziel, das Bewusstsein über die dramatische Situation vor Ort zu stärken – und diese via verantwortungsvolles Handeln der Schweizer Goldbranche zu verbessern. So zeigten die GfbV und die Besucher:innen bei einem Treffen mit Vertreter:innen von Schweizer Raffinerien und des Branchenverbandes die Risiken auf, die der Goldabbau im brasilianischen Amazonas birgt. Zudem sprach die GfbV das Problem der verschwundenen 5 Tonnen Gold an. «Leider konnten wir in diesem Bereich keine Fortschritte erzielen», meint GfbV-Kampagnenleiterin Julia Büsser. Trotzdem sei das Gespräch konstruktiv gewesen, auch im Hinblick auf künftige Verhandlungen.

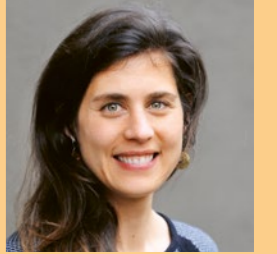
Neben Maria Leusa Mundurukú waren zwei weitere vom illegalen Bergbau Betroffene Teil der Delegation. Die ohnehin schon knappen Lebensgrundlagen würden traditionell lebenden Gemeinschaften durch das neue Minenprojekt entzogen werden. Trotz der Dringlichkeit des Problems fand während des Besuchs kein Treffen mit der Schweizer Firma Konwave AG statt, welche in Belo Sun investiert. Konwave könne sich aktuell nicht öffentlich äussern, sagte die Firma gegenüber der Nachrichtenagentur SDA.

Ihren Unmut über die aktuellen Zustände in der Heimat konnten Maria Leusa Mundurukú und die anderen Delegierten gegenüber der Schweizer Bevölkerung kundtun: «Unsere Körper sind vergiftet von der Verschmutzung, die der Goldabbau im Amazonas bringt», erzählte Maria Leusa Mundurukú während der Podiumsdiskussion der GfbV. Der Bergbau solle gänzlich aus ihrem Gebiet verschwinden. Die Schweizer Bevölkerung könne dazu beitragen, indem sie keinen Goldschmuck mehr kaufe und ihr Anliegen verbreite.

Als weiteres Mitglied der Delegation war Anwalt und Vertreter der brasilianischen Indigenenvereinigung APIB, Luiz Eloy Terena, vor Ort. Für ihn ist klar: «Wenn der Bergbau in unseren Gebieten durch das neue Gesetzesprojekt von Bolsonaro erlaubt wird, dann haben wir Chaos, dann haben wir Krieg.»

Aus Sicht der GfbV konnte dank dem Besuch in einigen Bereichen Fortschritte erzielt werden. So konnten sich indigene Stimmen Gehör verschaffen und ihre Klagen erreichten Schweizer Raffinerien. Zudem konnten nächste Schritte zur Bekämpfung illegalen Golds im Amazonas geplant werden. Die GfbV und die brasilianische Delegation sind sich jedoch einig, dass es zur tatsächlichen Besserung der Lebensverhältnisse vor Ort noch ein weiter Weg ist.

Text: **Hannah Göldi** GfbV-Praktikantin Kampagnen



## Editorial

*Zerbombte Städte, Tod und Gewalt, Hunger und Millionen Flüchtlinge: Das sind die Folgen des völkerrechtswidrigen Krieges des russischen Machthabers Putin gegen die Ukraine. Doch auch die russische Gesellschaft leidet massiv unter dem autoritären Regime. Allen voran Friedens- und Menschenrechtsaktivist:innen sehen sich mit beispielloser staatlicher Repression konfrontiert. Ihnen bleibt meist nur noch das Exil, wenn sie ihren Einsatz fortsetzen wollen. So erging es dem Sami-Aktivisten Andrei Danilov: Seit Jahren setzt er sich für die Rechte seiner Gemeinschaft ein – trotz Drohungen und Repression. Nun aber wurde es zu gefährlich: Andrei Danilov musste nach Norwegen flüchten. Lesen Sie auf Seite 6, wie sich die Menschenrechtslage besonders für unsere indigenen Partner entwickelt und wie die GfbV ihre Kampagne zur russischen Arktis der aktuellen Situation anpasst.*

*Abgeholzter Urwald, vergiftete Flüsse, Krankheit, Gewalt und Elend: Das sind die Auswirkungen des Goldrausches im brasilianischen Amazonas. Am eigenen Leib erfahren hat das die Aktivistin Maria Leusa Mundurukú. Seit Jahren kämpft sie mit ihrer Gemeinschaft gegen illegale, oft schwer bewaffnete Goldschürfer. An dieser Tragödie ist auch die Schweiz beteiligt, denn hier wird ein grosser Teil des Goldes weltweit gehandelt oder verarbeitet. So gelangten letztes Jahr rund fünf Tonnen risikobehaftetes Gold aus dem brasilianischen Amazonas in die Schweiz. Die Schweiz ist aber auch via Investitionen mit dem Goldsektor in Brasilien verbunden: So investiert die Schweizer Firma Konwave AG via die kanadische Firma Belo Sun Mining in eine neue Goldmine nahe von indigenen Gebieten. Maria Leusa Mundurukú reiste Anfang Mai in die Schweiz, um die Verantwortlichen wachzurütteln. Lesen Sie das Interview auf Seite 8 und den Hintergrundbericht am Anfang dieses Hefts.*

*Danke für Ihr Interesse und für Ihren Einsatz für Menschenrechte!*

*J. Büsser*

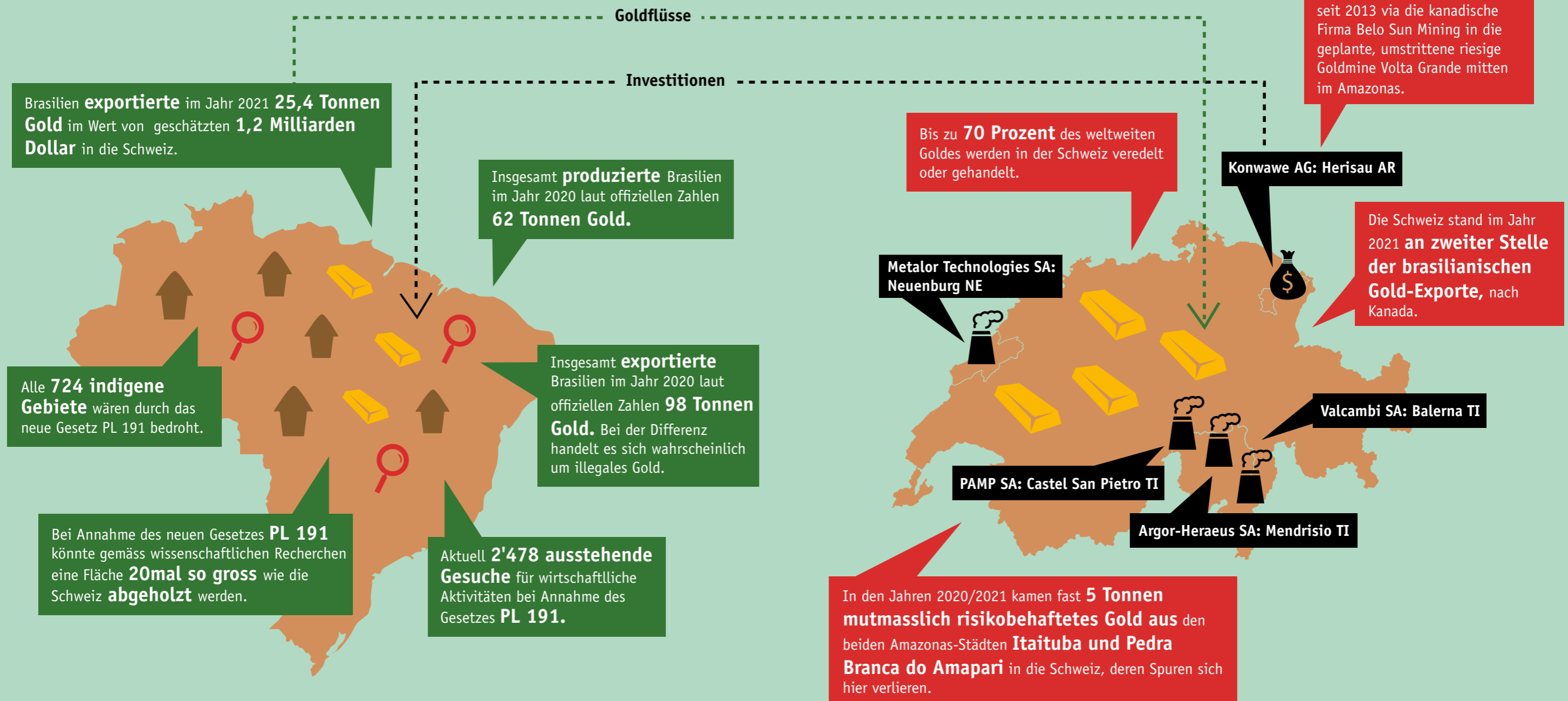
Julia Büsser, GfbV-Kampagnenleiterin

#### IMPRESSUM

VOICE 2, Juni 2022 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch  
**Redaktion:** Dominique Schärer, Jochen Wolf **Layout:** Tania Brügger Márquez  
**Mitarbeit an dieser Nummer:** Julia Büsser, Tabea Willi, Hannah Göldi,  
**Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 4000 Exemplare **Druck:** Mat-  
 tenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr (wird  
 jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** minde-  
 stens CHF 80.–/Jahr **Titelbildfoto:** Danielle Liniger

# Keine Geschäfte mit Gold aus dem Amazonas!

Die Schweiz ist die zweitgrösste Importeurin von brasilianischem Gold. Dazu gehörten in den letzten zwei Jahren auch rund 5 Tonnen mutmasslich risikobehaftetes Gold aus dem Amazonas. Der Goldplatz Schweiz braucht dringend mehr Transparenz.



-  Indigene Gebiete
-  Goldgeschäfte
-  Aktive Gesuche
-  Valcambi SA in Balerna
-  Investitionen
-  Argor-Heraeus SA in Mendrisio
-  PAMP SA in Castel San Pietro

## Forderungen an Schweizer Regierung und Politik, an die Goldbranche und an Konwawe AG:

- Einführung einer gesetzlich verankerten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltsprüfungspflicht mit Sanktionsmechanismen
- Einrichtung einer Aufsichtsbehörde zur Überwachung und Aufsicht über Goldraffinerien und -händler
- Umfassende jährliche Veröffentlichung der Sorgfaltsprüfung und der Herkunft des importierten Goldes durch Händler und Raffinerien
- Öffentliche Stellungnahme von Konwawe AG zum Volta Grande-Projekt von Belo Sun und zur eigenen Verantwortung
- Einfluss von Konwawe AG gegenüber Belo Sun nutzen, um die Einhaltung von FPIC («Free, Prior and Informed Consent») im Volta Grande-Projekt zu garantieren

## Bleiben und schweigen oder Kampf aus dem Exil



#kein Krieg, #Frieden der Welt: Das erzwungene Exil hat den Sami-Aktivisten Andrei Danilov erschüttert. Doch gerade deshalb möchte er jetzt nicht schweigen, sondern mit allen Mitteln den russischen Krieg und die Repression anprangern, wie hier vor der russischen Botschaft in Oslo, Norwegen.

Seit die russische Regierung ihren völkerrechtswidrigen Krieg auf ukrainischem Boden begonnen hat, sind die dort lebenden Menschen mit Gewalt, Trauer und Flucht konfrontiert. Doch auch die russische Bevölkerung leidet massiv unter dem autoritären Regime Vladimir Putins. Vor allem Friedens- und Menschenrechtsaktivist:innen sind mit beispielloser Repression konfrontiert. Wollen sie ihren Einsatz fortsetzen, bleibt meist nur das Exil. Das Durchgreifen der Sicherheitskräfte betrifft auch die GfbV.

Andrei Danilov ist eine von vielen mutigen Stimmen der russischen Zivilgesellschaft. Seit Jahren setzt sich der Sami-Aktivist für politische Mitsprache und die Anerkennung der Lebensweise der arktischen Minderheit ein. Er stammt aus Olenogorsk, eine Stadt östlich der finnisch-russischen Staatsgrenze, inmitten von Sápmi, Heimatregion der über mindestens 80'000 Samen. Sein Engagement für das Recht auf traditionelle Jagd und gegen die Missachtung indigener Rechte durch staatsnahe Rohstoffkonzerne wie Nor Nickel machten ihn zu einer öffentlichen Figur. Als Mitglied des Kulturkomitees des Sami Council und durch seine

Funktion als Direktor der nordischen Sami Cultural Heritage and Development Foundation ist er zusätzlich politisch exponiert.

Nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine musste Andrei Danilov sein Zuhause verlassen und nach Norwegen flüchten. Im gegenwärtigen Klima der Angst war seine Sicherheit nicht mehr gewährleistet. Das hat auch Konsequenzen für die GfbV: Zum Schutze ihrer Partner:innen, darunter Danilov, und deren Angehörigen in Russland, entschied sie sich in einer schwierigen Abwägung, alle Inhalte zu russischen Indigenen vorerst von ihren Onlinekanälen zu löschen. Zu gross war das Risiko, mit Fotos und Wortmeldungen der Aktivist:innen deren Existenz zu gefährden.

**Eine lange Geschichte der Unterdrückung**  
Für russische Aktivist:innen wie Andrei Danilov ist die staatliche Repression nicht neu: Seit Jahren sind sie behördlicher Schikane ausgesetzt, werden willkürlich verhaftet und ihre Tätigkeiten und Kontakte überwacht. Doch wie der russische Staat nun jeglichen Dissens im Keim zu ersticken versucht, das stellt alles Dagewesene in den Schatten.

Seit Kriegsbeginn nahm die regierungshörige Duma mehrere Gesetze an. Das Verbot, den Krieg als solchen zu bezeichnen, verunmöglichte jegliche wahrheitsgetreue Berichterstattung. Seit Anfang März drohen ausserdem bis zu 15 Jahre Haft, wenn man staatliche Einrichtungen kritisiert. Seither wurden Tausende von Demonstrierenden verletzt oder weggesperrt. Unabhängige Medien mussten ihre Arbeit einstellen, soziale Medien wurden gesperrt, und etliche Menschenrechtsorganisationen verboten. In der staatlich verordneten Stille hat nur noch Reichweite, was sich mit der erlogenen Propaganda des Kremls deckt.

Putin und sein Machtzirkel eskalieren eine Politik der Unterdrückung, mit der man sie in den letzten Jahren stets gewähren liess: Auf Putins Feldzüge seit 1999 reagierten die NATO-nahen Staaten mit symbolischen Sanktionen, hofierten ihn aber weiter als Partner. Zu gross waren die Hoffnungen auf eine Demokratisierung Russlands und Geschäfte mit dem rohstoffreichen Land.

### Das Leid trägt die Zivilbevölkerung

Angesichts gezielter Tötungen und flächendeckender Bombardements von Zivilist:innen antworteten die westeuropäische und US-amerikanisch dominierten internationalen Gremien nun mit harten Sanktionen. Dass Putin und staatsnahe Unternehmen nicht mehr umgarnt werden, ist zu begrüssen. Doch am härtesten treffen die Sanktionen die russische Bevölkerung. Mit dem Ausschluss Russlands aus dem Europarat verschwindet für sie der Zugang zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof. Ein Gericht, dessen Fälle zu 25 Prozent von russischen Staatsangehörigen eingereicht werden. Auch die Sistierung des «Arctic Council» könnte folgenreich sein. Zwar konzentriert sich die Institution durch das klimabedingte Abschmelzen der arktischen Eismassen vornehmlich auf geopolitische und wirtschaftliche Interessen. Doch mit ihr und dem Rauswurf aus dem UN-Menschenrechtsrat verschwinden weitere Möglichkeiten, Russland für seine Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen.

Pavel Sulyandziga, ein Udege aus der südöstlichsten Ecke Russlands, setzt sich für

die bedrohten Indigenen Russlands ein, dies auch in UN-Gremien. Er warnt in einem Interview, dass der mit den Sanktionen einhergehende Einbruch der Wirtschaftsleistung vor allem die in entlegenen Gebieten lebenden indigenen Gemeinschaften trifft. Ausserdem würden ihre Anliegen, bisher schon schändlich missachtet, jetzt vollends von der politischen Agenda verschwinden.

### Das Exil als letzter Ausweg

Während Russland seine Stimme in internationalen Gremien verliert, betreibt sein Regime eine besorgniserregende Scharade im Inland. Darauf wiesen indigene Aktivist:innen aus dem Exil, darunter Pavel Sulyandziga und Andrei Danilov, in einem Statement von Mitte März hin. Sie bezichtigten die Leiter der Russian Association of Indigenous Peoples of the North (RAIPON) der Kriegspropaganda im Dienste des Regimes. Auf die Unterwanderung dieser Organisation durch kremlnahe Personen antworteten sie mit der Gründung des International Committee of Indigenous Peoples of Russia (ICIPR). Im Rahmen dieser setzen sie ihre Arbeit aus dem Exil fort.

Andrei Danilov, Mitglied des ICIPR, ist durch die Zerstörung in der Ukraine und sein aufgezwungenes Exil tief erschüttert. Doch gerade deshalb wird er nicht müde, in seinen zahlreichen Wortmeldungen zu unterstreichen, dass es wichtiger denn je ist, sich für Menschenrechte in Russland einzusetzen. Dabei werden ihm das norwegische Sami-Parlament, die GfbV und eine hoffentlich nachhaltig erwachte Weltgemeinschaft unterstützen. Denn auch wenn die Lage derzeit kaum einschätzbar ist und sich für die Menschenrechte in Russland stark verdüstert: Das neu erstarkte Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit für den repressiven russischen Staat und eine nie zuvor gesehene Solidarität könnten sich später als Rückenwind für die Menschenrechtsarbeit in Russland herausstellen.

Text: Jochen Wolf GfbV-Praktikant Kommunikation

## Die Arktis-Kampagne der GfbV

Für die GfbV ist Opportunismus und überstürztes Handeln fehl am Platz. Oberste Priorität hat die Sicherheit der russischen Aktivist:innen und ihre Hoffnung auf ein freies Leben in ihrer rechtmässigen Heimat. Die GfbV wird eng mit den indigenen Exil-Organisationen zusammenarbeiten und sie in ihrer Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Die Zusammenarbeit mit den indigenen Gemeinschaften und Organisationen vor Ort in Russland führt die GfbV so weit und so lange fort, wie es die Sicherheitslage erlaubt.

## Sieg vor Gericht – doch die Turbinen drehen noch immer

Ein historisches Gerichtsurteil in Norwegen bleibt bisher ohne Konsequenzen: Der 11. Oktober 2021 war ein Freudentag für die norwegische Sami-Rentierzucht-Gemeinschaft «Áarjel Fovsen Njarke sitje». Sie erlangte einen historischen Sieg vor dem Obersten Gericht in Norwegen: Dieses befand, dass Teile des gigantischen Windkraftkomplexes Fosen Vind die Rechte der Sami-Gemeinschaften verletzen. Die Freude über das Urteil währte jedoch nicht lange, denn bald zeichnete sich ein weiterer langwieriger und mühseliger Weg ab. Bis heute ist nicht klar, was mit den betroffenen Windkraftanlagen passieren soll. Besonders stossend für die Sami: Die Turbinen drehen auch nach dem bahnbrechenden Urteil weiter – mit verheerenden Konsequenzen für die Rentierzucht.



Die Turbinen des Windkraftwerks Fosen Vind müssen gestoppt werden, bis eine einvernehmliche Lösung mit den betroffenen Sami gefunden ist.

Der Teilpark Storheia des Fosen Vind Komplexes wurde auf einer der wichtigsten Winterweiden der Südsami-Gemeinschaft errichtet – trotz Einsprachen. Die GfbV zog den Berner Energiekonzern BKW als Investorin des Fosen Vind Projekts mittels einer OECD-Beschwerde zur Verantwortung. In der Folge überarbeitete das Unternehmen seine internen Richtlinien und verankert nun das Recht auf «free, prior and informed consent» (das Recht auf freie, vorgängige und informierte Zustimmung, FPIC) in seinem Verhaltenskodex. Die GfbV fordert von der BKW, dass sie diesen Weg nun konsequent geht und als Investorin Einfluss auf Fosen Vind und den norwegischen Staat nimmt: Die Windräder müssen vorerst gestoppt werden und für die Teilparks auf indigenen Territorien braucht es nun so bald wie möglich eine einvernehmliche Lösung mit den betroffenen Sami-Gemeinschaften.

Text: Tabea Willi GfbV-Kampagnenleiterin



## «Für die Goldschürfer bin ich ein Symbol des Widerstands»

**Maria Leusa Mundurukú ist Präsidentin der Frauenvereinigung ihrer indigenen Gemeinschaft und setzt sich im brasilianischen Amazonas für den Schutz ihrer Territorien ein. Anfang Mai reiste sie mit einer Delegation in die Schweiz, um auf die Verantwortung der Schweiz beim Goldabbau aufmerksam zu machen.**

Interview: Hannah Göldi / Foto: **Danielle Liniger**

**Maria Leusa, am 6. Mai des letzten Jahres wurde ein Attentat auf Ihr Heimatdorf ausgeübt. Illegale Goldschürfer zündeten Ihr Haus an und Sie mussten flüchten. Wie sieht Ihre Lebenssituation heute aus?**

Mein Leben ist momentan sehr kompliziert. Da ich öffentlich aktiv bin, unter anderem als Präsidentin der Mundurukú-Frauenvereinigung, bin ich für die Goldschürfer ein Symbol des Widerstands, der ihnen das Leben schwer macht. Bis heute konnten meine Familie und ich nicht in unseren Heimatort zurückkehren. Wir leben zurzeit in der nächstgelegenen Stadt, wo es für uns sicherer ist. Trotzdem müssen wir immer Angst haben, wenn wir uns auf den Strassen bewegen.

**Was ist aktuell die grösste Herausforderung in Ihrem Alltag?**

Wir müssen immer wieder Unternehmen aufhalten, die unsere Gebiete für sich nutzen wollen. Als Gemeinschaft müssen wir deshalb hohem Druck standhalten, um den Kampf um unser Land weiterzuführen. Zudem werden wir als Frauen ständig unterschätzt. Früher war ich die einzige Aktivistin. Heute sind wir jedoch über 200 Mitglieder in der Frauenorganisation. Gemeinsam sind wir stark und können nicht mehr ignoriert werden.

**Wofür kämpfen Sie als Aktivistin und wie?**

Meine Tätigkeit umfasst viele Bereiche. Ich nehme an Kundgebungen gegen Infrastrukturprojekte teil und erledige den bürokratischen Teil beim Einreichen von Klagen, zum Beispiel gegen Umweltzerstörung. In der Frauenorganisation planen wir zudem Versammlungen, wo wir mit den Caciques (Leader) über nächste Schritte diskutieren. Schliesslich sehe ich unsere Aufgabe aber auch in der Stärkung unserer Frauen in der Landwirtschaft. Wir wollen unserer Gemeinschaft zeigen, dass wir den Anspruch auf unser Territorium nicht rechtfertigen müssen: Wir können uns selbst versorgen und sind nicht auf die «Hilfe» der Weissen angewiesen.

**Wie helfen Ihnen staatliche Behörden?**

Direkte Hilfe von staatlichen Behörden erhalten wir nicht und wollen wir auch nicht mehr. Sogar beim Angriff auf unsere Häuser haben sie uns allein gelassen. Auch von Politikerinnen und

Politikern hier vor Ort können wir uns keine Hilfe erhoffen, denn sie befürworten das Gesetzesprojekt "PL-191", das den Bergbau in indigenen Gebieten ermöglichen soll. Dies würde für unser Volk den Tod bedeuten. Wir zählen nur auf unsere eigene Widerstandsbewegung.

**Anfang Mai kommen Sie in die Schweiz, um Ihre Anliegen bekannt zu machen. Warum kommen Sie gerade hierher und was sind Ihre Erwartungen?**

Wir wollen jene Personen und Unternehmen anprangern, die für unser Leiden mitverantwortlich sind. Im vergangenen Jahr gab es niemanden, der oder die unsere Stimme nach aussen getragen hat. Das soll sich hiermit ändern. Auf unserer Reise wollen wir jedoch nicht nur Klagen, sondern auch Erfolgsgeschichten verbreiten, auf die wir als indigene Gemeinschaft zählen können. Dabei wollen wir aber für uns selbst sprechen.

*Das Interview wurde Mitte April per Videokonferenz geführt.*



### Reise zum Goldplatz Schweiz

Für die indigenen Gemeinschaften im brasilianischen Amazonas bedeutet der aktuelle Gold-Boom die Zerstörung ihres Lebensraums, vergiftete Flüsse, neue Krankheiten und Gewalt. Auch die Schweiz trägt im Goldgeschäft eine Verantwortung, denn hier wird ein grosser Teil des weltweiten Goldes gehandelt und veredelt. Anfang Mai reiste Maria Leusa Mundurukú in die Schweiz, um die Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam zu machen und mit Verantwortlichen der Goldbranche zu sprechen.